

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Karl Rankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt 1.

Volksstimme

Pränumerando zahlbaren
Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgelb,
—
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
—
Zeitungsliste Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 110.

Magdeburg, Dienstag, den 12. Mai 1896.

7. Jahrgang.

Geistige Sklaverei in der Handelswelt.

Unter den Handlungsgehilfen ist das Verlangen nach Schiedsgerichten zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten mit den Prinzipalen in neuerer Zeit immer lebhafter geworden. Der moderne Geschäftsbetrieb bringt es mit sich, daß diese Streitfälle immer häufiger werden. Die Gehilfen haben zur Zeit keine andere Wahl, wenn sie ihr Recht suchen, als den langwierigen und kostspieligen Prozeßweg zu beschreiten.

Die ganze Frage wäre höchst einfach zu lösen durch Verweisung der Streitigkeiten im Handelsgewerbe an die Gewerbegerichte. Ein vernünftiger Grund dagegen läßt sich absolut nicht finden.

Aber die Herren Prinzipale scheuen die Gewerbegerichte. Zwar haben diese Gerichte durch das vom Reichstage geschaffene Gesetz ein gutes Teil des volkstümlichen Charakters, den sie früher besaßen, verloren. Aber dennoch sind sie dem Spießbürgertum verhaßt und da ihre Einrichtung leider eine fakultative ist, so verweigern die Kommunalbehörden einer ganzen Reihe von Städten die Einsetzung der Gewerbegerichte. Es heißt dann immer, es sei „kein Bedürfnis“ vorhanden, womit die braven Spießbürger ihrer Friedensliebe und Affektatessie in geschäftlichen Angelegenheiten selber ein gutes Zeugnis ausstellen wollen. In Wahrheit aber fürchtet man sich vor den Gewerbegerichten, weil dort die Uebergriffe und Anmaßungen der Arbeitgeber rücksichtslos verurteilt werden und weil namentlich dort, wo Gewerbegerichte bestehen, es nicht gut geht, dem Arbeiter, mit dem man in Streit geraten ist, nach alter Unsitte seinen sauer verdienten Lohn vorzuenthalten. Bedenkt man, welche Menge halbabschneiderischer Kontrakte im Handelsgewerbe bestehen, so begreift man die Scheu der Prinzipale vor den Gewerbegerichten vollkommen. Die brutale Behandlung und Ausbeutung der Handlungsgehilfen beruht fast immer, wenn sie vorkommt, auf der Gewißheit, daß ein mittel- und stellenloser Gehilfe gegen den Prinzipal nicht klagbar werden kann. Tausende müssen das schreiendste Unrecht widerstandslos über sich ergehen lassen. Da könnten die Gewerbegerichte abhelfen — und deshalb setzen die Prinzipale alles in Bewegung, um dies zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder, wie die kaufmännischen Vereine, die von den Prinzipalen gegängelt werden, der Gehilfenschaft in das eigene Fleisch schneiden. Diese Vereine werden von den Prinzipalen benutzt, um die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für die Streitigkeiten im Handelsgewerbe zu hintertreiben. Auf ihrer Jahresversammlung in Mainz haben diese Vereine beschlossen: „Die Unterstellung des Handelsgewerbes unter die Gewerbegerichte ist entschieden abzulehnen.“ — Warum? Das wird nicht gesagt. Man könnte auch nicht sagen, warum. Denn ein triftiger Grund läßt sich, wie schon gesagt, dafür nicht aufreiben. So haben sich die Handlungsgehilfen eine Organisation geschaffen, um sich damit selbst ihre Rechte zu verkümmern! Welch ein Zustand! Welch eine geistige Sklaverei, die zugleich die materielle verewigen hilft.

Dann wird von den Prinzipalen und ihren in den kaufmännischen Vereinen dominierenden Kreaturen der alte Räder ausgeworfen, auf den leider die größte Zahl der Handlungsgehilfen immer wieder anbeißt. Das ist die herrliche Theorie von der Standeshöhe. Diese erlaubt es natürlich nicht, daß die Handlungsgehilfen zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten vor das gleiche Gericht kommen wie die „gewöhnlichen“ Arbeiter; sie müssen ihre eigenen Gerichte dazu haben. Man könnte über dieses Spiel lachen, wenn die ganze Sache nicht gar zu traurig wäre.

Die kaufmännischen Vereine haben sich an den Minister v. Berlepsch gewendet und „kaufmännische Schiedsgerichte“ begehrt, worauf Herr v. Berlepsch die Handelskammern beauftragt hat, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob solche kaufmännischen Schiedsgerichte wünschenswert und durchführbar seien.

Die Handelskammern! Sie bestehen aus Prinzipalen, und man kann sich ungefähr denken, was sie sagen werden. Vorläufig haben die Prinzipale mit Hilfe der Vereine erreicht, was sie wollten, die gefürchteten Gewerbegerichte sind vermieden, und die Herren Prinzipale können sich auf den Mainzer Beschluß berufen und sagen, daß „die Gehilfen selbst“ von den Gewerbegerichten nichts wissen wollen.

Die kaufmännischen Schiedsgerichte aber stehen noch im weiten Feld und über ihre Zusammensetzung, wenn sie je zu Stande kommen sollten, läßt sich noch viel streiten. Unterdessen sucht die den Prinzipalen ergebene Presse einseitigen Stimmung gegen jegliche Art von Schiedsgerichten für die Handlungsangestellten zu machen. Ein dringendes Bedürfnis ist wohl nicht vorhanden.

sagt die Magdeburgische Zeitung und bemüht sich, nachzuweisen, daß man für die kleinen zerstreut liegenden Städte die Schiedsgerichte mit Wahlen nicht besetzen könne. Kurzum, das „gutgesinnte“ Bürgertum will es bei dem schönen patriarchalischen Verhältnis belassen, wonach der Handlungsgehilfe, sobald er keine Mittel hat, dem Prinzipal gegenüber in Streitfällen vollkommen rechtlos ist.

Hier kann man sehen, wie übel die Proletarier daran sind, wenn das Klassenbewußtsein bei ihnen noch nicht erwacht ist und zur Organisation des Widerstandes gegen den Druck von oben getrieben hat.

Die „Freien Vereinigungen“ der Handlungsgehilfen, die sich an die große Arbeiterbewegung angeschlossen haben, wissen ganz genau, was sie in der Sache zu thun haben, aber noch sind sie die Minderzahl. Die große Mehrzahl der Handlungsgehilfen sieht schweigend zu, wie man in ihrem eigenen Namen begehrt, daß sie unter dem alten Joch bleiben.

Wären diese kaufmännischen Vereine, die sich heute noch immer von den Prinzipalen gängeln lassen, mit Klassenbewußtsein beunruhigt, so hätten sie mit allem Nachdruck und einstimmig die Gewerbegerichte als Tribunale für ihre Streitigkeiten gefordert und die Regierung hätte sich ihren Wünschen schwerlich widersetzt. Wohin sollte man auch kommen, wenn jeder „Stand“ für sich besondere Schiedsgerichte verlangen wollte! Die Versuche, die Gesellschaft von heute noch in „Stände“ abgliedern zu wollen, sind ohnehin lächerlich. Die Welt von heute scheidet sich in Besitzende und Nichtbesitzende und grade die Handelswelt mit ihrem so zahlreichen Proletariat ist dafür der beste Beweis. Wenn sich der Proletarier der Handelswelt auch einreihen läßt, daß er einem besonderen „Stand“ angehört, so bringt er damit noch keine Butter auf sein trockenes Brot.

Aber wenn die Handlungsgehilfen für die moralische und materielle Hebung ihres Standes etwas thun wollen, dann müssen sie andere Bahnen betreten. Mit unberechtigter Ueberhebung gegenüber den Industriearbeitern ist gar nichts gethan; die Ehre des Berufs wird aber am besten gefördert, wenn man sich eine anständige Behandlung seitens der Prinzipale erkämpft und sich nicht klavisch allem unterwirft, was von profitlüchtigen Menschen verlangt wird.

Es steht noch recht rückständig aus in diesen Kreisen, wo noch so vielfach ein „patriarchalisches“ Verhältnis herrscht, das dem Prinzipal alle menschliche Weisheit als Familienerbteil zuschreibt und den Gehilfen zu einem Geschöpf dritten, vierten oder gar fünften Ranges erniedrigt, aber es geht dennoch auch dort vorwärts mit der Erweckung des Klassenbewußtseins. Nicht so rasch und erfolgreich wie bei den Industriearbeitern, aber es geht. Vielversprechende Ansätze sind gemacht, feste Organisationen sind geschaffen worden; ein Kristallisationskern ist vorhanden, um den sich weitere Ansätze bilden werden.

Das kann auch garnicht anders sein. Die gewaltige Bewegung, die unsere Zeit erfasst hat, sie muß die ganze Proletarierwelt mit sich fortreißen und an ihrer Macht werden alle Künste der herrschenden Klassen scheitern.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Das Telegramm des Kaisers über die Christlich-Sozialen, auf das sich in der Versammlung zu Neuntirchen Frhr. v. Stumm berufen hat, wird jetzt in der Post im Wortlaut veröffentlicht. Es lautet wie folgt:

Berlin, Schloß 28. II. 96.
Siedler hat geandigt, wie ich es vor Jahren vorausgesetzt habe. Politische Pastoren sind ein Un Ding. Wer Christ ist, der ist auch „sozial“, christlich-sozial ist Un Sinn und führt zu Selbstüberhebung und Unabhmlichkeit, beides dem Christentum schmerztrads zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, bisweil sie das gar nichts angeht.

Das Friedensjubiläum, das am 10. Mai das Bürgertum Deutschlands beging, wird in der bürgerlichen Presse in überschwänglicher Weise gelobt und erinnert an die Segnungen des Friedens. Etwas Wasser in den Wein gießt der Vorwärts, welcher schreibt: Der Frankfurter Friede war mit dem Schwerte geschrieben, nur das Schwert konnte und kann ihn aufrecht erhalten. Er zwang Deutschland, seine Arme fortwährend zu vermehren, dem Volk immer schwerere Lasten aufzuladen. Und die notwendige Folge: Unzufriedenheit unten mit Unterdrückung von oben blieb nicht aus. Der Kulturkampf, das Sozialistengesetz, die Verwandelung der Justiz in ein Machtmittel der Gemalthaber, das Ueberwuchern des Militarismus, die Züchtung des Agrariertums, die Bereicherung der herrschenden Minderheit auf Kosten des arbeitenden Volkes und beständige Kriegsgefahr. Gefahr nicht eines Krieges zwischen zwei Staaten, nicht eines europäischen Krieges — nein eines Weltkrieges im wahrsten Sinne des Wortes, der die ganze „alte Welt“: Europa, Asien und Afrika

zum Schauplatz haben, und mehr Schrecken, Unheil und Mordgreuel verursachen würde, als irgend ein Krieg der Vergangenheit — ein Krieg, neben dem der deutsch-französische des „glorreichen“ Jahres 1870/71 das reine Kinderspiel wäre.

Rehlich spricht sich auch die Volkszeitung aus: Dem Frieden nach außen steht ein erbitterter Kampf im Innern gegenüber, der uns nimmermehr zu gedehlichem Genusse des Errungenen kommen läßt. Wir wollen heute nicht reden von dem Zerstörungswerke, das die Reaktion auf allen Gebieten des politischen Lebens durchführt. Uns regt heute die jüngsten Kämpfe auf dem Gebiete der Lohnbewegung, die jüngsten Verhandlungen des Reichstages zu rückschauender Betrachtung an: Kein Zweifel, daß die Reaktion, verbündet mit dem unverbesserlichen Manchesterium aus dem „Arbeiterschutz“, zu dem wir erst einen schlichternen Anlauf genommen, einen „Arbeitstrug“ machen will.

Der geschäftsführende Ausschuss der sozialdemokratischen Partei giebt bekannt, daß im Monat April gegen Parteigenossen auf 4098 Mark Geld- und 6 Jahre, 2 Wochen und 4 Tage Gefängnisstrafe erkannt wurde. Darunter in Magdeburg: In der Berufungsinstanz wegen groben Unfugs Genosse Rankau 14 Tage Gefängnis; 50 Mark Geldstrafe Genosse Harbaum wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz; wegen Verstoßes gegen § 130 des Strafgesetzbuchs Genosse Schulz-Berlin 2 Wochen Gefängnis.

Groben Unfug soll der Proletarier begangen haben, durch eine Notiz aus Kottbus, worin die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ersucht wurden ihr bisher den Kottbusern bewiesenes Solidaritätsgefühl auch ferner zu bewahren und den Streitenden nicht in den Rücken zu fallen. Am Dienstag fand bereits die verantwortliche Vernehmung des Genossen Feldmann statt.

Der Termin für den Münster-Prozeß gegen die Rheinische Zeitung ist nunmehr auf Freitag, den 22. Mai, festgesetzt. Geladen sind 70 Zeugen, so u. a. Ludwig Schröder, Bergmann Edart, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer, Reichstagsabg. Rütgenau. In dem Prozesse wird die Frage, ob in der vielbesprochenen Versammlung zu Baukau Schröder von Münster zu Boden geworfen worden ist, nochmals geprüft werden.

Eine Versammlung von Kaufleuten in Worms sprach sich gegen das Verbot des Detailreisens, aber für den Ahtuhrschluß der Ladengeschäfte aus. Sämtliche Redner waren derselben Ansicht. Eine gemeinsame Versammlung der hiesigen kaufmännischen Korporationen soll dem Beschluß Nachdruck geben. Wollen sich die Kaufleute Magdeburgs nicht gleichfalls rühren? —

Frankreich.

Ueber die französischen Gemeindevahlen liegen dem Vorwärts jetzt Berichte vor, aus denen klar hervorgeht, daß Sozialisten und Radikale am 3. Mai sehr bedeutende Erfolge gehabt haben und alle Bemühungen der reaktionären Presse, diese Erfolge zu verkleinern, böswillige Fälschungen sind. In Paris wurden nach dem Bericht im 1. Wahlgang 19 Sozialisten gewählt (anstatt der bisherigen 18), von den 28 Stichwahlen stehen 15 für unsere Genossen durchaus günstig; und was noch mehr bedeutet, die sozialistischen Stimmen haben sich um circa 60 000 vermehrt. Die in Paris abgegebenen 351,551 Stimmen verteilen sich unter die Parteien wie folgt: Sozialisten 166,650 (47 Prozent), Radikale (darunter auch sozialistische Radikale) 91,540 (26 Prozent), Bourgeoisrepublikaner 49,100 (14 Prozent), Reaktionäre aller Schattierungen: Monarchisten, Klerikale und Antisemiten 44,350 (14 Prozent). Die Sozialisten und Radikalen haben aber zusammen 258,100, d. h. 73 Prozent der Pariser Wähler auf ihrer Seite. — Wie in Paris, so ist auch in der Provinz ein bedeutendes Anwachsen der sozialistischen Stimmen zu verzeichnen. Nach den bisher vorliegenden Angaben sind bis jetzt 47 sozialistische Wahlsiege und eine beinahe ebenso große Anzahl sozialistisch-radikaler Wahlsiege bekannt. Großartige Erfolge werden aus dem Süden gemeldet. Die von unserem Toulouser Bruderblatt Dépêche empfohlene gemeinsame Liste der Sozialisten und Radikalen drang in mehr als 1200 Gemeinden durch, wobei sämtliche Kandidaten u. a. auf die Forderung der Verfassungsrevision und der progressiven Einkommensteuer verpflichtet worden waren.

Vereinigte Staaten.

Aus der Evening Post (Abendpost) von Denver, in den Vereinigten Staaten, erfahren wir, daß in Denver, der Hauptstadt des Staats Colorado, eine Frau, Mrs. M. A. Warren, zur Geschwornen gewählt worden ist, und in dieser Eigenschaft jetzt an der Großen Jury des Staates thätig ist. In den Vereinigten Staaten haben Frauen schon das Richteramt geübt, aber ins Schwur-

gericht war noch keine gewählt worden. Das Beispiel munitet jedenfalls zur Nachahmung auf. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ueber den Stand der Lohnbewegung in Berlin wurde in der Delegiertenkongress der Gewerkschaftskommission folgendes berichtet: Die Tabakarbeiter liegen seit vier Wochen im Streik und haben ihre Forderungen bei 198 Firmen mit 541 männlichen und 553 weiblichen Personen bewilligt erhalten, während 152 auf 32 Geschäfte verteilte Arbeiter noch ausständig sind. Es wird den Berliner Arbeitern empfohlen, nur zu tarifmäßigen Löhnen hergestellte Zigarren zu rauchen. Die Pakettfabrikanten angestellten, deren Lohnbewegung durch das Entgegenkommen der Direktion, wie durch den Schiedsspruch des Gewerbegerichts mit der Erfüllung des größten Teils der aufgestellten Forderungen geendet hat, haben sich 650 Mann stark der Organisation der Handelshilfsarbeiter angeschlossen. Die Buchdruckerhilfsarbeiter haben in 75 Geschäften mit über 700 Arbeitern den Neunfundentag durchgesetzt; 200 Personen sind noch ausständig. Der Streik wird von der Gewerkschaftskommission gutgeheißen; ebenso der Zustand der Musikinstrumenten-Arbeiter und der Schuhmacher. Die Metallarbeiter, die für den Herbst eine große Lohnbewegung in der Beleuchtungs-, Lampen- und Armaturbranche vorbereiten, haben zur Zeit 10-12000 Mark an Unterstützungen zu zahlen und erklären sich deshalb außer Stande, anderen Gewerkschaften materielle Hilfe angedeihen zu lassen. Eine ähnliche Erklärung wird von den Holzarbeitern abgegeben. — Zur Lohnbewegung der Töpfer im Reich teilt der Zentralvorstand des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands mit, daß in Wittmund (Ostfriesland) die dortigen Kollegen, ohne zu streiken, einen Lohnzuschlag von 1,50 Mk. pro Woche erhalten haben. In Halle a. S. erhielten die Töpfer nach 14tägigem Streik den Tarif vom Jahre 1888 bewilligt, welcher einen Aufschlag von 20-25 Prozent bedeutet. In Zwickau bewilligten die Töpfer ebenfalls den Tarif bewilligt, nachdem sie einmütig beschlossen hatten, die Arbeit einzustellen. Die Werkschubenerarbeiter der Dienbranche in Kamenz i. S. drängen mit diversen Forderungen betreffend die sanitären Mängel in den Fabriken, pünktliche Lieferung von Material event. Entschädigung für Wartezeit ebenfalls durch, ohne die Arbeit einzustellen. —

Der Gewerkschaftskongress in Berlin

hat Freitag seine Beratungen beendet, das Resultat war im voraus zu ersehen, da eine lebhafte Debatte in der Gewerkschaftspresse dem Kongresse vorausging. Daß man die Gewerkschaftskommission ganz zeitigen würde, hat wohl niemand erwartet. Der Kongress hat aber gezeigt, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich keinen Täuschungen mehr über die Kommission hingeben, man hat einsehen gelernt, daß eine „Spitze der Gewerkschaftsbewegung“ nicht künstlich gebildet werden kann, sondern sich entwickeln muß; daß diese Spitze aber auch keine „Behörde“ sein kann, von der alles ausgeht und geregelt wird, sondern nur ein gemeinsamer Dreppunkt der einzelnen Organisationen; ein Institut, das die Bewegung nicht leitet, sondern in letztere nur unterstützend eingreift. Die diesjährige Streikbewegung dürfte mehr Aufklärung verschafft haben, als alle Erörterungen in der Presse, in Versammlungen und auf dem Kongress — die Erfahrung ist eben eine gute Lehrmeisterin. Daß der Streikunterstützungs- und Meisterfonds abgelehnt wurde, war ebenso selbstverständlich, als daß die Arbeitslosenunterstützung dem Be-

lieben der einzelnen Gewerkschaften anheimgestellt werden mußte. Die konsequente Durchführung der Arbeitslosenunterstützung ist eine Utopie. Den einzelnen Gewerkschaften, die — da die Berufsverhältnisse etwas günstiger liegen — sie bereits eingeführt haben, konnte sie der Gewerkschaftskongress nicht verbieten. Was hat der Verlauf des Kongresses überaus erfreut und zwar hauptsächlich deshalb, weil er zeigte, daß die deutschen Gewerkschaftsmitglieder in ihrer übergroßen Majorität, ja man kann sagen insgesamt, keine einseitigen Neugewerkschaftler sind; daß sie sich über das Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung völlig klar und ebenso wenig sozialreformertischen Quacksalbereien als utopischen Spielereien zugänglich sind. Das haben uns die gefassten Beschlüsse gezeigt, besonders aber der über die städtischen Arbeitsnachweise. Es ist eine Thatsache, daß vor drei und zwei Jahren die Gewerkschaften an einzelnen Orten — besonders in Süddeutschland — sich zu sehr von bürgerlichen und sozialistisch angehauchten Sozialreformern irreführen ließen und sich zu manchen sozialreformertischen Spielereien hergaben, weil sie sich von dem Schlagwort der „praktischen Sozialreform“ täuschen ließen. Wir waren eins der wenigen, vielleicht das einzige Parteiorgan, welche von Anfang an gegen diese Spielereien vorgingen, — aber erst die Erfahrung vermochte auch hier wieder zur Umkehr zu veranlassen. Denn das Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission ist am energischsten für die städtischen Arbeitsnachweise eingetreten, während nun ein jetzheriges Mitglied der Kommission, v. Elm, das Verlehrte und Schädliche dieser Art „praktischer Sozialreform“ vortrefflich gekennzeichnet hat. Durch Annahme des von v. Elm gestellten Antrages haben sich die Kongressmitglieder ein glänzendes Zeugnis ihrer sozialpolitischen Einsicht ausgestellt und damit bewiesen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn sie auch an Stärke viel, sehr viel zu wünschen übrig läßt, an Geist und Klarheit auf der Höhe der Zeit steht und es ein verkehrter Standpunkt ist, wenn man den Arbeitern Deutschlands die Trades-Unions in England als Muster vorhält. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands sind Sozialdemokraten — und darin liegt ihre Stärke. —

Ausland.

Die Aussperrung der 2100 Textilarbeiter der Firmen Johann Münzberger u. Komp. in Theresienau und Hölzig und Mattausch in Franzenthal ist aufgehoben worden. Nach mehrfachen Unterhandlungen gaben die Chefs der Firmen den Vertrauensmännern der Arbeiter das Versprechen, niemand zu entlassen. —

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht) Am 19. November u. J., nachmittags 2 Uhr 54 Minuten, verspätete sich der Schönebecker Güterzug um 16 Minuten. Bei der Einfahrt in Gleis 20 des Budauer Bahnhofs erfasste der Zug eine leere Rangiermaschine, die der Weichensteller Ferdinand Falkenberg aus Sudenburg verkrüht auf Gleis 20 hatte fahren lassen. Die Lokomotive des Zuges entgleiste und wurde erheblich beschädigt. Während des Unfalls verkehrte der Stationsassistent Friedrich Wernicke, der den Rangierdienst zu beaufsichtigen hatte, im Osium sein Amt. Der Unfall ist nach der Beweisaufnahme durch Nachlässigkeit der beiden Angeklagten entstanden. Das Urteil lautete gegen Falkenberg auf 1 Woche, gegen Wernicke auf 3 Tage Gefängnis. — Der Schneider Martin Germer, hier, geboren 1876, wohnte bei einem Maurer und erbrach im März d. J. eine verlassene Spardose desselben, aus der er 52,50 Mark entwendete und damit flüchtig wurde.

Germer erhielt wegen schweren Diebstahls 4 Monate Gefängnis. — Der schon öfter bestrafte Fleischergehilfe Gustav Beder, hier, geboren 1864, unter Schloß am 11. November 1895 einen ihm zum Transport übergebener Koffer mit Sachen und wurde deswegen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der Schlossergehilfe Paul Panne mann zu Danzig, geboren 1878, stahl am 27. August 1895 seinem Onkel in Burg eine Taschenuhr und ein Spartassenbuch über 122,25 Mark. Auf letzteres hob er 70 Mark ab. Der Angeklagte wurde mit 6 Wochen Gefängnis bestraft.

T. Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Arbeiter M. hatte von dem Bauunternehmer Meter noch eine Forderung von 6 Mark. Kläger ist seit 20. April beim Beklagten beschäftigt und erhielt von diesem pro Tag 3 Mark. Der Beklagte versprach ihm aber, wenn er vier Wochen bediene, 50 Pfg. mehr, er zahlte ihm aber nur 3 Mark und entließ ihn sofort ohne Angabe der Gründe. Kläger steht von einer 14tägigen Lohnzahlung ab, verlangt aber, daß ihm die in den letzten 14 Tagen versprochene Zulage ausgezahlt werde. Beklagter verweigert auch dieses und wird somit, nachdem Kläger seine Forderungen auf 3 Mark ermäßigt hatte, zur Zahlung verurteilt. — Die Arbeiter W. K. St. R. E. klagen gegen den Steinsechmeister Stieger wegen ihres nicht bekommenen Lohnes; da sich derselbe aber im Konkurs befindet, sehen sich die Kläger veranlaßt, eine Forderung des Beklagten mit Arrest belegen zu lassen. —

Gesekeskunde.

Ist der Lehrvertrag gültig, den ein nicht zur Innung gehöriger Meister entgegen dem Verbot des § 100e der Gewerbeordnung abschließt?

(Urteil des Gewerbegerichts Leipzig. Aus: Das Gewerbegericht. Mitteilungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte. Paul Heymanns Verlag, Berlin W., Mauerkstraße 44. Jahrgang 1. Mark.)

Der Kläger Sch. ist bei dem Glasermeister G. auf Grund eines Lehrvertrags seit 15. April 1892 als Lehrling in Stellung gewesen. Der Beklagte gehörte, wie dem Kläger nachträglich bekannt geworden ist, der in Leipzig bestehenden Glaserinnung nicht an. Unter Bezugnahme darauf, daß durch Beschluß der kgl. Kreishauptmannschaft zu Leipzig vom 10. April 1890 auf Grund des § 100e der Reichsgewerbeordnung angeordnet worden ist, daß Gewerbetreibende des Glasergewerbes in Leipzig Lehrlinge nicht annehmen dürfen, wenn sie der Glaserinnung nicht angehören, hat der Kläger den Lehrvertrag wegen Nichtigkeit angefochten und Herausgabe des Arbeitsbuchs beansprucht. Der Beklagte hat widersprochen und erklärt, er wolle sofort der Glaserinnung zu Leipzig beitreten. Das Gewerbegericht hat den Beklagten verurteilt, weil der Lehrvertrag den Bestimmungen des § 100e Ziffer 3 der Reichsgewerbeordnung zuwider abgeschlossen und daher nach § 793 des sächsischen bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig sei. Durch die erklärte Bereitwilligkeit des Beklagten zum Beitritt in die Glaserinnung sei die bestehende Nichtigkeit des Lehrvertrags nicht gehoben worden. (§ 104 des bürgerlichen Gesetzbuchs) —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 11. Mai 1896. — Einen Kolonialtrach in Deutschland kündigt die seiner Zeit von der Bismarckischen Regierung sehr oft inbipizierte Rütcher Post an. Ein außerhalb des parlamentarischen Parteikampfes stehender Kenner der deutschen Kolonialverhältnisse läßt uns, daß die von Dr. Peters begründete „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ mit ihren Mitteln nahezu fertig ist. Die sechs Millionen Mark, welche sie vom Reiche in der Form einer Anleihe erhalten hat, sind so ziemlich aufgebraucht. Die Gesellschaft giebt sich daher in letzter Zeit wieder Mühe, neu-

Feuilleton.

Der Götz „Million“.

Roman von Valeria Karrens (Koschlowka) in russischer Bearbeitung von Dr. Albert Weiß.

(Fortsetzung.)

Diese Antwort aber genügte dem Grafen nicht. Er klingelte und ließ die Diener herbeirufen. Nach einem Weilschen erwiderte Amalia. Ohne den Blick zu ihr zu erheben, fragte er: „Amalia, ich möchte gern wissen, wo Du den heutigen Vormittag verbracht hast?“ „Ich habe zur Kirche“, erwiderte sie kurz. „Und warst irgendwo anders?“ fragte er sie weiter mit einem Seitenblick. „Nirgends“, erwiderte sie ganz unbefangenen. „Und bist Du auch niemand begegnet?“ „Hier begegnete sie, aber nur einem Augenblick. Plötzlich wurde er von ihr über ihr weilses Antlitz. Was aber diese Rede zu bedeuten, welches Gefühl sie hervorgerufen, das ahnten die Eltern nicht und bemühten sich auch nicht, es zu erschließen. Sie aber erwiderte, als wäre sie sich mit einem Worte sich an ihnen zu rächen: „Im Gericht! Ich sah Kilians Trauung!“ „Kilian?“ rief der Graf und sprang, sich ganz vergehend, auf. „Bismarck! Er hat sich verheiratet, und Du wußtest davon und warst bei seiner Trauung?“ „Ja diesem Augenblick sah Felix Hor... erwiderte er. Er ergriff die Hände der Diener und schüttelte sie heftig. Die Diener erwarteten ihn auf den erhabenen Stufen. Die Gräfin aber sah, empört über diesen unpassenden Zeremonienbruch und ohne jede Ahnung von der Bedeutung dieser Szene, herzergerast auf ihrem Sessel und bestete mit der ihr eigenen Würde, die majestätischen Augen an die Diener. „Er hat sich verheiratet“, wiederholte der Graf, beständig mit wankenden Schritten der Diener in das Gesicht schend. Amalia war Anfangs wie erstarrt unter dem Gebrauche dieser Worte. Sie wußte zwar, daß der Vater die Verheiratung Kilians von jeher nicht duldet. Sie begriff jedoch nicht, warum ihr die Nachricht von dessen Verheiratung in so große Aufregung versetzte. Nach einem Weilschen ergriff sie das Haupt und sah ihre unversöhnlichen und unerschütterlichen an.

Dem Grafen ward es klar, daß er auf diese Weise nichts von ihr erfahren werde. Mit dem Aufwand seiner ganzen Willenskraft bemühte er sich etwas, ließ die Diener los und fragte mit dumpfer Stimme: „Jetzt sage mir, woher erfährst Du diese vermalebete Trauung?“ „Ich mußte gar nichts davon. Ich war, wie gewohnt, in der Kirche, als ich das Paar vor den Altar treten sah.“ „Und wen hat er geheiratet? Wen?“ „Fräulein Cecilia, die frühere Gouvernante meiner Schwester“, erwiderte Amalia mit gedämpfter Stimme, und fuhr, da sie keine Antwort erhielt, immer lebhafter fort: „Ich erkannte sie aus ihr. Er hat sich in so vielen Jahren durchaus nicht verändert. Nur sein gebrauchtes Antlitz ist außerordentlich ernst geworden. Sein Auge aber leuchtet so leidenschaftlich und doch so hell und klar wie ehedem. Beder Not und Arbeit noch die verflochtenen Jahre haben ihn gebeugt oder ihm den Adel seiner Erscheinung genommen. Er ist noch ganz derselbe, den wir früher kannten, nur, wäre dies möglich, noch schöner geworden!“ Amalia sprach dies mehr zu sich selbst, als zu ihrem Vater. Diese Worte lagen ihr auf dem Herzen. Sie auszusprechen, war ihr Bedürfnis, wie überhaupt jenes Bild sich vor Augen zu führen, welches sie vollkommen beherrschte. „Erinnert blühten die Eltern sich an.“ „Was sprichst Du da, Amalia?“ rief die Gräfin und sah der Diener aufmerksam in das Antlitz, welches in wunderbarem Eifer flüchtete, als sei darauf ein Abglanz der entzückenden Jugend gefallen. Amalia begab sich auf ihr Zimmer. Ohne eine Ahnung von dem Verbrechen des Vaters, kannte sie nur zu gut jene Familien-Katastrophe, welche Kilian in das Elend gestürzt. Bisher hatte sie sich niemals gefragt, ob dies gerecht gewesen. Jetzt fühlte sie zum ersten Mal, daß wie auch ein Urteilspruch ausfallen möge, immerhin einer der Geschickte und einer der Kränkliche war. Welche Kraft hat Kilian ergriffen in diesem Kampfe mit dem Reichen und dem Geizhals und machte ihn noch glücklich machen oder Unselbständigen? Eine neue Welt eröffnete sich vor Amalias Blicken.

In solche Gedanken vertieft, spielte Amalia unbewußt mit der Hand an den Verzerrungen des Schreibtisches, als plötzlich durch den zufälligen Druck auf eine Feder ein verborgenes Fach aufsprang, welches ihr bisher ganz unbekannt war. Der Schreibtisch war für Altertumsforscher ein unschätzbares Kunstwerk. Graf Julius hatte es von seinen Neffen mitgebracht und nach dessen Tode Graf Felix es seiner Tochter geschenkt, ohne zu ahnen, was es enthielt. Aus diesem Bestand aber fielen vergilbte, von unbekannter Hand beschriebene Papiere heraus. Obgleich nicht ihre eigenen Andenken, waren doch auch dies lauter Liebesbriefe. Leidenschaftlich ergriff Amalia dieselben, durchflog sie mit hastigen Blicken und seufzte tief. Auf alle die Fragen in der Tiefe ihrer Seele, erteilte ihr das Schicksal wie zum Hohn hier die Antworten. Dies war die Korrespondenz des Grafen Julius mit seiner Braut und Gemahlin, und umfaßte dieselbe sämtliche drei Jahre ihres kurzen Zusammenlebens. Daten und ausdrückliche Bemerkungen ließen darüber keinen Zweifel, daß Kilian ihr rechtmäßiger Sohn sei. Gleichwohl besaßen diese für unparteiische Richter beweiskräftiger Papiere keinen amtlichen Charakter und erforderten daher nicht die noch immer fehlenden Zeugnisse, welche irgendwo niedergelegt sein mußten. Sie konnten daher nur die nach ihnen Forstenden auf die rechte Spur bringen. Auch die Kirche war dort benannt, in welcher die Trauung erfolgte sowie Ort und Tag der Geburt Kilians. Lange saß Amalia wie versteinert da und zerbröckelt fast in der Hand die Papiere, die vielleicht das Glück und Vermögen eines Menschen enthielten. Endlich aber trat mit entzücklicher Klarheit ihr die Frage vor die Seele, was sie damit beginnen sollte. Jemandem im Hause auch nur ein Wort von dieser Entdeckung zu sagen, wäre fast ein Verbrechen, eine Wittigehuld an jenem Diebstahle oder Betrüge gewesen, der Kilian zum Opfer gefallen war. Denn leider konnte sie nicht daran zweifeln, daß der Vater oder Wilhelm die Papiere sofort vernichten, und die Mutter mit dem Vater Hand in Hand gehen werde. Amalia mußte also hier ganz selbstständig handeln und beschließen.

(Fortsetzung folgt.)

Vorzugsanteilscheine unterzubringen, aber mit geringem Erfolge. Der Staat scheint deshalb fast unvermeidlich. Die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ kann sich höchstens noch ein Jahr über Wasser halten, wenn sie von den früher gegebenen Vorzugsanteilscheinen von denen erst 25 Prozent bezahlt sind, die restlichen 75 Prozent, im ganzen 1 bis 1 1/2 Millionen, einbringt. In einem Jahre aber werden auch die verwerflichsten sein. Was dann? Diese Frage legt sich jedenfalls auch die deutsche Reichsregierung vor, die fast bei der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ engagiert ist. Wahrscheinlich wird sie in der nächsten Session mit neuen Forderungen im Interesse der genannten Gesellschaft an den Reichstag herantreten. Auch die bisherigen Aufwendungen sind zu größtentheils im Interesse der Kolonial-Gesellschaften gemacht worden. Nachdem der Verfasser die einzelnen in Ostafrika wirkenden Gesellschaften aufgezählt, sagt er weiter: Nicht eine einzige derselben hat bisher die ihr gestellte Kultur Aufgabe erfüllt. Was in den amtlichen Veröffentlichungen über die Fortschritte der Kolonie gesagt wird, ist Phantasie. Von den Gesellschaften hat bisher keine einzige eine Vergütung ihres Kapitals erreicht. Im Gegenteil, die meisten haben ihre Kapitalien aufgebraucht. Das läßt man sich gefallen, so lange nur einige Großkapitalisten die Leihrenten sind. Wird aber der Spargeiz des kleinen Mannes in Anspruch genommen, dann ist es höchste Zeit, dem Schwindel energisch entgegenzutreten. Die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ hat bisher ihre Dividenden (6 Prozent für die Inhaber der Vorzugsanteilscheine) vom Kapital bezahlt. Im dem Momente aber, wo das Kapital verbraucht ist, bleiben der Gesellschaft nur drei Wege: Sie kann versuchen, neue Kapitalien aufzunehmen, oder sie liquidiert in allen Ehren, oder endlich sie sucht ihre Verluste auf fremde Schultern abzuwälzen. Neue Kapitalien aufzutreiben, wird ihr nicht gelingen. Liquidieren will die Gesellschaft nicht. Dann verlieren ihre Aktionäre ihr Geld. Um sich aus der Schlinge zu ziehen, wird nach den Darlegungen in der Richter'schen Post eine große Schiedung geplant. Ein Syndikat hat sich gebildet für den Bau einer centralafrikanischen Bahn, welches von der Regierung große Konzessionen verlangt und sich dafür verpflichtet, der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ alle Konzessionen, welche diese hat, für eine große Summe abzukaufen. An der Spitze der neuen Gesellschaft stehen dieselben Männer, welche die Leitung der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ in Händen haben. Die ganze Sache ist also unverkennbar eine großartige Schiedung. Auch über die Befassung der erforderlichen 30 Millionen Mark kann der Verfasser Mitteilung machen. Das Geld soll durch Ausgabe von kleinen Anteilscheinen, eventuell a 20 Mark ausgebracht werden. Diese Idee konnte — so erklärt der Artikel der Richter'schen Post — ein Finanzgenie ausgedacht haben. Sie verspricht einen sicheren Erfolg, wenn nicht rechtzeitig vor dem Ankauf solcher Papiere gewarnt wird. Das Großkapital ist viel zu vorsichtig, um sich in Afrika irgendwo zu engagieren. Aber der Appell an den kleinen Sparer ist selten vergebens. Um so notwendiger ist eine rechtzeitige Warnung. Das Projekt des centralafrikanischen Eisenbahnbauens ist eine spekulative Gründung, die dazu dienen soll, den bei der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ beteiligten Großkapitalisten ihr Geld zu retten. Die Unternehmung des Bahnprojektes wissen ganz genau, daß eine centralafrikanische Bahn sich nie rentieren kann und daß die Befürworter der Anteilscheine ihr Geld verlieren werden. Es wird vielmehr mit dem Bahnbau wirklich begonnen werden, aber ganz sicher kommt eines Tages der Knack. Die Großkapitalisten ziehen sich kaltblütig zurück, und die kleinen Leute können ihre Sparpfeilscheine bekommen, die in die Taschen der Großen gewandert sind. Daß man die Regierung als Auswärtiges benutzen will, ist ein so geschickter Kniff, daß die Ausführenden auf Erfolg nicht große Hoffnungen setzen. Wir halten es daher für unsere Pflicht, das heulige Publikum vor diesem Unternehmen rechtzeitig zu warnen. Wir wollen, so viel an uns liegt, ein deutsch-koloniales Panama zu verhindern suchen. Bis zur Stunde schweigt die nationalliberale Presse, die die Kolonialpolitik des Peters kampfhaft unterstützt, über diese Tathaltungen. Im Interesse der kleinen Leute erscheint es uns angebracht, daß sobald als möglich hierüber Klarheit geschaffen wird. Mit Still-schweigen darf der Artikel der Richter'schen Post nicht übergangen werden. Vielleicht äußert sich hierüber die Magdeburger Zeitung.

— Mehr Kirchen! Die Kreisynode hat anerkannt, daß bei dem Wachstum der Bevölkerung Magdeburgs, besonders seiner Vorstädte, ein Bedürfnis nach der Gründung neuer Pfarrstellen und Erbauung neuer Gotteshäuser vorliegt und mehr hervortritt. Auf überfüllte Kirchen sind wir hierorts noch nicht gestoßen.

— Die Kreisynode hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, „in erster Erwägung der bei Bekämpfung von Armenleiden hervor- getretenen Mängel der Magdeburger und diesseitigen Kirchengemeinden, die einen kirchlichen Begräbnisplatz besitzen, zu erwirken, a) daß schon jetzt jeder Leiche ein eigenes Grab gewährt und daß eben mit der Ein- senkung beauftragten Personen, wozu dies nun Totengräber oder Kirchhofarbeiter sein, ausgesetzt wird, in anständiger schwarzer Kleidung zu erscheinen, b) bei der demnächst erfolgenden Revision der Begräbnis- ordnung daß: Sorge getragen zu werden, daß die 6. Klasse von Be- erdigungen überhaupt in Wegfall kommt.“ Daraus geht hervor, daß mehr als eine Armen-Leiche in Gräbern geboren wurde und daß bei der Beerdigung selbst sonderbare Praktiken obwalteten. Wir können anders diesen Antrag nicht deuten. Für eine Gemeinde, die für Lei- derer, patriotische Festlichkeiten, Dekorationen gefordert und noch lebender Personen, sowie an die Kommendanten zur Unterstützung armer Soldatenhinterbliebenen nicht unbedeutliche Summen bewilligt, ist dieser Antrag nicht sehr schmeichelhaft.

— Möbelfabrik, Stuhlfabrik, Beizer und Polierer auf seine Arbeit finden bei hohen Accordpreisen und nach den von mir be- willigten und von der Lokalkommission aufgestellten Bedingungen dauernde Erhaltung. R. R. Hofmöbelfabrik Franz Schneider, Leipzig, Hauptstraße 49. Diese Anzeige lesen wir im General-Anzeiger. Wir machen darauf aufmerksam, daß in Leipzig 600 Tischler ausgespart sind, auch obige Firma ihre Arbeiter auf das Straßenpflaster gesetzt hat.

— Arbeiter, Achtung! Im General-Anzeiger stehen wir auf folgende Infanterie:

— Tischler Bantischer sofort gesucht. Zu meinen Eisenbürger- straße Nr. 27/29.
— Tischler Maurer nach auswärts gesucht. Zu erfragen im Bureau Linsburgerstr. 27/29.
Bei Arbeitsangeboten nach auswärts wollen die Arbeiter die Notizen unter Arbeiterbewegung beachten.

Gründlich reingefallen.

Wir teilten in letzter Nummer mit, der Mitinhaber der Möbelfabrik Oskar Korroschewitz in Leipzig, Herr Josef Henninger, sei in Magdeburg und werbe Tischler für Leipzig an. Auch in anderen Orten war dieser Herr. Einige Tischler haben sich den Kapitalherz erlaubt, auf sein Anerbieten einzugehen. Darauf ging den Tischlern in M. folgendes Telegramm zu: „Mit allen beschriebenen Bedingungen einverstanden, 20 beste Schweizer mübitagen, Brief unterwegs.“ Henninger. Der verprochene Brief hat folgenden Wortlaut: Leipzig. Herrn. Unserer Abreise zufolge teile ich Ihnen mit, daß Sie suchen möchten, circa 20 Schweizer noch mitzu- bringen oder veranlassen möchten, daß solche noch nachkommen. Was die Garantie des Lohnes anbetrifft, so bin ich bereit, 25—27 Mark wöchentlich zu garantieren. Ueber die zu leistenden Abzügestellungen pro Woche werden wir uns mündlich einigen. Das Reisegeld werde ich Ihnen bei Ihrer Heimkehr auszahlen. Dagegen verpflichten Sie sich, wenigstens 8 Wochen in meinen Werkstätten zu arbeiten. Um den Reisekosten entgegenzukommen, werde ich zur Lebenshaltung der Familie einen Vorschuß geben, der nach und nach in Abrechnung kommt. Ferner will ich 25 Mark pro Woche geben. Im übrigen verlasse ich mich auf Sie und bitte Sie demgemäß zu ver- halten. In der Hoffnung, daß Sie eine recht gute Auswahl treffen, zeichnet inzwischen achtungsvoll Josef Henninger (J. J. Oskar Korroschewitz). P. S. Bitte mir postwendend mitzuteilen, wann und wie auch Sie kommen, um alles darnach einzurichten. Hässliche Arbeiter ohne jede Bildung durch die Streikenden führe ich Ihnen zu. Man sieht der arme geprellte Fabrikant in Leipzig und wartet auf seinen getreuen „Stamm“ von Arbeitern und diese bleiben seelenvergnügt am Orte und lassen den ar- noblen Mann an der Pleiße seinen Streit mit den Ar- beitern allein ausfechten. Der „helle“ Sachse ist sonach

gründlich hereingefallen. Die Holzwürmer springen meterhoch vor innerem Behagen.

— Gegen das Verlangen der Handlungsgehilfen zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten mit den Prinzipalen die bestehenden Gewerbegerichte anzurufen, wendete sich jüngst in einem längeren Artikel die Magdeburger Zeitung. Das Blatt behauptete, daß ein dringendes Bedürfnis hierfür nicht vorhanden sei und bemühte sich nachzuweisen, daß man für die kleinen zerstreut liegenden Städte die Schiedsgerichte bei Wahlen von Handlungsgehilfen nicht besetzen könne. Diese Behauptungen des nationalliberalen Blattes werden im heutigen Bei- träge gemüßigt, auf den wir die Handlungsgehilfen verweisen.

— Die Sachverständigen teilen ihren Lesern folgendes mit: „Die Abg. Dr. Krenzl, v. Arnim und Genossen haben den Antrag im Sinne der Abgeordneten eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin wirken zu wollen, daß die von demselben unter dem 4. d. Mts. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, nicht in Wirksamkeit treten.“ Von dem vollstehenden Vorgehen der Konservativen sind unsere Leser bereits unterrichtet. Wir kommen aber nochmals auf die Angelegenheit zurück, weil die Sachverständigen diesen Antrag ohne Kommentar wiedergibt, mit anderen Worten mit der Tendenz des Antrags einverstanden ist. Meckis Euch, Arbeiter!

— Das Wasser der Elbe ist seit vorgestern stark gefallen. Sonnabend mittag zeigte der Pegel + 3 7/8 Meter. Am Nachmittag schwoll das Wasser zusehends, gegen Abend zeigte der Pegel bereits + 4 0/8 Meter, den höchsten Stand, den man vorausgesetzt hatte; aber auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag trat noch ein starker Anstieg ein. Der Pegel zeigte bis Mittag + 4 80 Meter. Der obere Teil des Auenhorns mit vielen Neuanpflanzungen ist überflutet, eben so ist die Elbe auf der Strecke nach dem Drenkurg über das Ufer getreten, so daß der Platz des Pferdewalles überflutet zu werden drohte. Die Elbe hatte gestern nachmittag ihren höchsten Stand + 4 86 Meter erreicht. Bis heute mittag war es auf + 4 60 Meter zurück- gegangen.

— Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme der Schiedsrichter Sch. aus Völktersdorf, dem bei der Reparatur einer Maschine ein Dorn gegen die linke Hand geflogen war, wobei er eine Wundwunde an dem vierten Finger erlitt, und der Gelegenheitsarbeiter August S., der in einer Destillation plötzlich umgefallen war.

Rückgang der Taufen, Trauungen und Kommunionen.

Recht interessant für uns Sozialdemokraten sind zum Teil die Verhandlungen in den Kreisynoden, die in diesen Tagen vielfach abgehalten werden. Ueber die am Freitag zusammengetretene Kreisynode Berlin-Köln-Stadt lesen wir in der Wostischen Zeitung einen Bericht, an dem zunächst einige statistische Mitteilungen der Beachtung wert sind. Danach sind die Zahlen der Taufen, Trauungen und Kommunionen gegen das Vorjahr zurückgegangen. Es waren in der Diözese 1894: 9016 Taufen, 2313 Trauungen, 45090 Kommunionen; 1895: 8351 Taufen, 2107 Trauungen, 39049 Kommunionen, also weniger: 665 Taufen, 206 Trauungen, 6041 Kommunionen. Möglicher- weise, so heißt es in dem Bericht, hänge dieser Rückgang mit der erhöhten Agitation der Sozialdemokratie zusammen. Möglicherweise, so meinen wir, ist dieser ganz er- hebliche Rückgang auch ein Zeichen des Marasmus, der sich namentlich in der evangelischen Kirche an allen Ecken und Enden zeigt, und der auch ohne besondere Agitation von freibekender Seite das große Publikum nicht gerade zur lebhaften Beteiligung an den „heutigen Handlungen“ heranzulocken in der Lage ist.

— Acherleben. (Wer hat, kann geben.) Kommerzienrat Bestehorn, Chef der bekannten Papierwarenfirma, stiftete anlässlich seines 60jährigen Berufsjubiläums der Hausunterstützungskasse 50000 Mark und besetzte mehr als 60 Arbeiter, welche 5—20 Jahre und länger in der Fabrik beschäftigt sind, mit Sparpfeilscheinen. Im Lager aller Gutsgegnen herrschte Freude über diese Schenkung. Soweit wir die Aufzeichnungen der Arbeiter über diese Schenkungen kennen, besteht nur eine Meinung, die ist: Sieht uns guten Verdienst, dann verdienen wir auf alle Wohl- thaten, die doch nur als geringe Arbeitslohnzahlungen für die Leiden und Entbehrungen gelten, die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe zu er- dulden haben.

— Burg. (Meteor.) Sonnabend abend genau 9 Uhr 33 Minuten wurde hier ein Meteor wahrgenommen, das sich am südlichen Himmel in schräg-abfallender Richtung bewegte. Es durchlief mit ziemlicher Schnelligkeit etwa den sechsten Teil des Himmels. Die Farbe war ein ichönes lebhaftes Grün. Die Lichtstärke kam der des Mondes im ersten Viertel gleich. Die ganze Erscheinung dauerte etwa eine Sekunde. Weder ein Geräusch noch ein sonstiges Gefühl wurde bemerkt.

— Klein Ottersleben. (Die Räder gingen über den Kopf des Kindes.) Ein spielendes Kind wurde von einem Seilfuhrwerk angerissen und fiel direkt vor ein Rad, das dem Kinde über den Kopf ging. Der Tod trat auf der Stelle ein.

— Berlin. (Durch Hunger in den Tod getrieben.) Krankheit und Nahrungslosigkeit haben der 46 Jahre alten Arbeiter Louis Meyer aus der Pappelallee 11 in den Tod getrieben. Man fand ihn Sonnabend nachmittag in einem Bierstall des Grundstücks Mühlentstraße 11 mit einer Schnur an der Kehle hängend als Leiche auf. Wieviel Opfer wird der Kapitalismus noch fordern?

— Hainberg. (In Stille gerissen.) Sonnabend abend wurde der baubehaltene Schlosser und Feiler Giffen von der Maschine eines in den Bahnhof fahrenden Güterzuges, der er ausweichen wollte, dabei aber einen Bekehrer machte, erfaßt und in Stille zerissen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. Mai 1896. Der Reichstag wird heute und die folgenden Tage das Zuckersteuergesetz beraten. Die finanzielle Belastung aus den Beschlüssen der Kommission soll zu einem Teil von Reichs, zum andern von den Konsumenten direkt getragen werden. Bei einer Prämie von 250 Mark und einem Kontingent von 17 Millionen Mtr.-Gtr. müßte die Verbrauchsabgabe auf 23.23 Mark erhöht werden. Es sollen nun 12 552 000 Mark aus den Zuckereinnahmen gekürzt und die Verbrauchsabgabe auf 21 Mark erhöht werden, der Zoll für alle Zuckerarten, einschließlich Honig, soll 40 Mark betragen. Der Ausfuhrzuschuß ist für 10,5 Millionen Mtr.-Gtr. mit 2,50 Mark zu betrachten, während der Inlandszuschuß zu 6,5 Millionen veran- schlagt ist. Ihn trifft die Erhöhung der Verbrauchsabgabe mit 3 Mark und die Prämie mit 2,50 Mark, um deren Betrag sich bekanntlich der Inlandspreis über den Welt- marktpreis erhöht. Es handelt sich also um sehr namhafte, von Jahr zu Jahr steigende Lasten, an deren Bewilligung durch den Reichstag kaum noch zu zweifeln ist. Es bleibt nur die eine Hoffnung übrig, daß die Ausschreitungen dieses Reichstages die Wähler zur Erkenntnis bringen und die nächste Volks- abstimmung im Jahre 1898 eine Umwälzung unserer inneren Politik herbeiführt. Die Haltung der Parteien zu dieser abermaligen Volksbelastung wird von uns gebührend gewürdigt werden.

— Ueber die Sonntagsruhe hat die Petitionskommission des Reichstages aus Anlaß von Petitionen verhandelt, welche teils im Inter- esse namentlich des Vigorhandels eingekommen, teils im Interesse

von Besilfen Erweiterungen verlangten. Der in der Kommission an- weseude Regierungskommissar aus dem Reichsamt des Innern bezeichnet den Standpunkt der Regierung wie folgt: „Für eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe, wie sie ein Teil der Petitionen erstrebt, scheint der Zeitpunkt noch nicht gekommen, selbst wenn man dem einen oder anderen Wünsche, sei es nach Milderung oder nach Verschärfung des bestehenden Rechtszustandes eine gewisse Berücksichtigung nicht von vornherein abprechen würde. Das Publikum sänge eben an, in die vielfach bis vor kurzem ihm völlig ungewohnte gewerbliche Sonntagsruhe sich einzuleben. Einen solchen Uebergangs- und Befestigungsprozess durch Änderungen an dem eben erst Ge- schaffenen zu fördern, empfehle ich nicht; hat bei jeder aus- der Durchführung des Gesetzes sich ergebenden Schwierigkeiten der Gesetzgebungsapparat in Bewegung zu setzen, scheint es vielmehr angezeigt, erst die Erfahrungen einer nicht zu kurz be- messenen Reihe von Jahren zu sammeln.“ Die Petitionskommission stellte sich hierüber ebenfalls auf den Standpunkt, daß es sich jetzt nicht empfehlen würde, eine Abänderung des Gesetzes zu erstreben, da das Gesetz sich erst mehr einleben müsse. Es sei daher dem Hause zu empfehlen, über die vorliegenden Petitionen zur Tagesordnung über- zugehen. Doch wird der Wunsch ausgesprochen, diesem Beschluß die ausdrückliche Motivierung hinzuzufügen, daß diese ablehnende Haltung nur deswegen angenommen sei, weil eine Abänderung des Gesetzes zur Zeit noch nicht für opportun zu erachten sei. Dieser zähe Beschluß mit dem noch zahlrechen Nachschub hat fast wie eine Aufforderung an die Gegner der Sonntagsruhe an, ihren Kampfsplan bei gelegener Zeit fortzusetzen. Die Herren Volksvertreter, die zur Zeit eine Abänderung des Gesetzes nicht für opportun halten, stellen damit ihre Bereitwillig- keit für die kommende Zeit in Aussicht.

Die Nationalliberalen eifern gegen die Sonntagsruhe. Unter den sozialpolitischen Deutschen, die am 7. Mai im preußischen Landtag gegen den Arbeiterzuschuß witterten und Mäßen vorbrachten, gehört auch der nationalliberale Herr v. Eynern. Im dem Antrag, gegen den Arbeiterzuschuß Front zu machen, sagte Herr v. Eynern fol- gendes: „Wir sind einstimmig für den Antrag. Die kaiserlichen Erlasse haben nicht die Tendenz, daß vom grünen Tische aus in alle Erwerbs- verhältnisse eingegriffen werden soll. Würde die Sonntagsruhe auch auf die Wirtschaft ausgebeugt, so würde die größte allgemeine Erregung durch das Land gehen. Der größte Fehler der Sonntagsruhe ist, daß sie die Leute in die Wirtschaft treibt. Die Kommission hat am grünen Tische die Verhältnisse schärfer gemacht, als sie sind. Wir kommen mit deren Vorschläge zum Zwangsrecht. Jedem wird ein Politzel beigegeben, der ihm vorschreibt, wann er arbeiten darf, wann nicht. Die wirtschaftlich Schwachen sollen geschützt werden, aber die Schwachen wollen arbeiten, um wirtschaftlich zu erhalten, und die Kommission raubt ihnen die Möglichkeit, ihre geistigen und körper- lichen Kräfte zu entfalten.“ Der renegatistische Bericht bezeichnet hierauf ein „Sehr gut“. Die Vorkunden auf das Recht unbeschränkter Ausbeutung gingen also bei Herrn v. Eynern so weit, daß er sogar gegen das bestehende Gesetz über die Sonntagsruhe loswärtete und sich nicht schonte, hierüber triviale Redensarten zum Besten zu geben. Wenn nach den Nationalliberalen und Herrn v. Eynern ginge, würde aller- dings der Sonntag gänzlich abgeschafft. Von dem Schutze der Schwachen reden die Nationalliberalen. Unheil! Der Wirtschaftspolitik dieser Partei ist es zu danken, daß tausende Erbsenzen zu Grunde gerichtet sind und noch zu Grunde gerichtet werden.

Neueste Nachrichten.

Altona. Der Ausstand des Personals der Mohrschen Margarinefabrik dauert fort.

Berlin. Der Streit bei der Firma Lange u. Wundsch, Luftpapierfabrik, Fennstraße 49, dauert unverändert fort.

Lauterberg a. S. 450 Stuhlmacher sind durch die Fabrikanten ausgesperrt worden.

Magdeburg. Wie verlautet, haben bereits 9 hiesige Klempner bei Herrn Kuhne, Magdeburg- Sudenburg ein Engagement nach Leipzig an- genommen, obwohl es den Klempnern nicht un- bekannt sein kann, daß ihre Kollegen dort streiken.

Leipzig. In Gichwald stehen die Arbeiter der dortigen Wertzeugfabrik wegen einer 8 bis 55prozentigen Lohnherabsetzung im Streit.

Budapest. Die Frankfurter Zeitung berichtet, daß gegen die Minister Jozsa und Fejervary wegen der jüngsten Quelle des Straf- verfahrens eingeleitet ist. Der Justizminister hat die Meinung ertheilt. Der Kaiser wird das Verfahren wahrscheinlich aufheben. Natürlich!

Gingefandt.

Herr Maurermeister Bernsdorf hat, wie schon berichtet, den Maurer, der bei ihm behufs Ankerung des Tariffs vorstellig wurde, Karnidel und Aufwieglar genannt. Es ist kaum möglich zu glauben, daß Herr Bernsdorf die Menschen, hauptsächlich die Arbeiter mit den Kanonen auf eine Stufe stellen wollte. Glücklicherweise gibt es aber noch Arbeiter, die noch nicht gewillt sind, bis zum Kanonen zu sinken, und sich daher eine bessere Zukunft erkämpfen wollen. Daß aber gerade diese die für die Bedürfnisse ihres Leibes und Geistes ein paar Pfennige mehr haben, sich also mehr Bildung aneignen wollen, so ge- nannt werden, ist kaum glaublich. Der Redaktor „Aufwieglar“ ist man ja schon gewohnt. Werden doch alle diejenigen, die ihren Köpfen ihre elende Lage vor Augen führen und von dem Wert und Nutzen der Organisationsorganisationen überzeugen wollen, so genannt Tarum, Arbeiter und Arbeiterinnen, meck Euch diese Bezeichnungen, schließt Euch diesen Kar- niden und Aufwieglern an, trezt den Organisationen bei, damit Ihr eine Macht werdet, mit der Euer Arbeitgeber zu rechnen hat, denn dann! seid Ihr auch imstande, Euch eine bessere Behandlung und ein Recht auf die gleichen Menschen zu erringen. [E]

Wahlergebnisse.

	Sitz	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl
Angst	9. Mai	+ 4 96	10. Mai	+ 4 30
Dresden	„	+ 3 42	„	+ 3 10
Torgau	„	+ 6 08	„	+ 5 65
Wittenberg	„	+ 5 84	„	—
Köhlau	„	+ 4 70	„	+ 4 75
Bach	„	+ 4 82	„	+ 5 25
Schneeberg	„	+ 4 11	„	+ 4 95
Magdeburg	10. Mai	+ 4 70	11. Mai	+ 4 64
Tangermünde	9. Mai	+ 4 00	10. Mai	+ 4 24
Wittenberge	„	+ 3 22	„	—
Damitz, Pegel	„	+ 2 22	„	+ 2 45
Lauenburg	„	+ 2 15	„	—

Quittung.

Für die ausgesperrten Textil-Arbeiter in Kottbus gingen ein: Von zielbewußten Sängern der Arbeit 8,00 — Von den Damen beim St. O. 8,00. Die Expedition.

Verere, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Am Donnerstag, den 14. d. M., wird bei dem Genossen Königsdorf in Sudenburg (Berliner Straße) ein Fräulein veranstaltet werden. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Familien recht zahlreich sich einzufinden. Der Beträuenemann.

Naturheilverein Buckau. Mittwoch den 13. d. Mts., abends 8 Uhr im Budauer Bürgerhaus (Zalja): Vortrag des Herrn Dr. Dietrich über die wichtigsten Kinderkrankheiten.

Dienstag, den 12. Mai:

Sängerverein Einheit Buckau. Liederkunde abends 7 1/2 Uhr. Musikverein Freundschaft. Jeden Dienstag abends 8 Uhr Liederkunde im „Reifen Tisch“. Lehrer Eudenbergers Klavier-Club. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr Liederkunde.

Freie Turnerschaft Wilhelmstadt. Jeden Dienstag Übungsstunde im „Gull-apa“.

Arbeiter-Männer-Gesangverein Magdeburg. Jeden Dienstag, abends 9 Uhr Übungsstunde im Gelbena Kopf, Katharinenstraße 5.

Männer-Turnverein „Victoria“ Bennedenbeck. Jeden Dienstag um Freitag Turnstunde bei Gastwirt Hoppe.

Soeben eingetroffen: Die Freimaurerei. Ihre Geschichte, Thätigkeit und innere Einrichtung. Von Joh. Sassenbach. Preis 40 Pfennig.

Billig! Billig! Billig! Grosse Posten Sofas und Plüschgarnituren, sowie birkene und mahagoni Möbel in jeder Auswähl sofort billig zu verkaufen in A. Mook's Möbelfabrik und Handlung.

Mein Viktualien-Geschäft, verbunden mit flottem Brothandel, nebst Pferd und Wagen und sämtlichem Zubehör bin ich willens, zum 1. Oktober oder früher zu verkaufen. Kleve, Südstraße Nr. 2.

Stadtsamt. Magdeburg, den 9. Mai. Aufgebote: Hausdiener Will Rogenge mit Anna Neumann hier. Nachwachsmann a. D. Hermann Krugnow mit Minna Böhig hier.

Naturheilverein Buckau. Am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr im Buckauer Bürgerhaus (Thalia) Vortrag des Herrn Dr. Dietrich über: Die wichtigsten Kinderkrankheiten.

Für Brautleute! Billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und Polsterwaren. A. Schiele, Jakobstraße 2.

Als geprüfte Masseuse empfiehlt sich Frau Erleben, Neustadt, Fabrikstraße 5/6, Hof II.

Als Hebammen empfiehlt sich Wwe. E. Blau, Sudenburg, Helmstedterstr. 10, I.

A. Friedländer (seit 24 Jahren am Platze) Kinderwagen Möbel, Betten, Herren- und Knaben-Garderobe, Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Teppiche und Täpfer, Gardinen, Sammetwaren Hüte, Schirme, Stiefel etc. etc. nur Breite Weg 118, I.

Bestm. Braunkohlen, Steinkohlen u. Brennholz empfiehlt zu billigem Preis auch nach Magdeburg u. d. Vorstädten A. Krietsch Nachf., Westerküsten a. d. Elbe, Krenzlerstr. 8.

Tapeten! Größte Auswahl, billige Preise! B. Gleibler, Alie Neustadt, Hühe Hofstraße 50 a.

Brot!! 5 1/2 Pfd. kostet 45 Pfg., 7 Stück 3 Mk. bei Hans Kücher Bäckeri vom Pöppel-Platz.

A. Holter, Bäckermeister Schrotestraße 1b. Sonntags sämtliche feine Backwaren 856 und Kuchen zu haben.

Gr. Hausbrottenbrot à Stk 45 Pf. empfiehlt hier die Bäckerei von F. Dierich, Zimmermannstraße 2.

Brot! Brot! Brot! Das größte und schönste Brot liefert die Bäckerei von Bernhard Hienzsch, Sudau, Alsterbergstraße 13.

Wilhelm Friedrich im Alter von 44 Jahren. Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Die Beerdigung findet am Donnerstag vom Krankenhaus Leipzigerstraße aus statt.

Witwe Friedrich nebst Tochter Gr. Osterleben, Frankstr. 66.

Rüchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheimes Breitenweg 82.

Rüchenzettel der Magdeburger Ballstschep.

Wochenberichte. Marktpreise: Erbsen, gelbe zum Kochen 15.00-18.00 M.; Speisebohnen, weiße 18.00-20.00 M.; Linien 15.00-40.00 M.

Todesfälle: Erich, S. des Schlossermeisters Andr. Wbl, 1 J. 10 M. 11 J. Georg Höfberg, Registrator a. D., 79 J. 5 T. Paul, S. des Protokuriers Bruno Tuderemann, 8 M. 25 T. Rosa Subheim, unv., aus Adersleben, 42 J. 9 M. 21 T.

Sudenburg, den 9. Mai 1896. Aufgebot: Musiker Karl Friedrich Otto Degner mit Anna Werner hier.

Buckau, den 9. Mai 1896. Aufgebote: Arbeiter Heinrich Friedrich Kämpfer mit Auguste Luise Marie Bernsdorf, former Karl Wilhelm Auguste Baer mit Anna Marie Luise Witt hier.

Todesfälle: Arbeiter August Ohnforger, 70 J. 3 M. 24 T.

Sommer-Saison 1896. Täglich Empfang neuester Kleiderstoffe in Woll- und Seide, sowie das Beste und Beste in Waschstoffen. Weiße waschichte Madapolans und Kaschmirs von 18 Pfg. an. Bekannt billigste Preise bei streng reeller Bedienung. Julius Franke, Neustadt, Hohepfortestraße 49a.

20. Zirkung der 4. Klasse 194. Hag. Veranl. Lotterie. 9. Mai 1896, vormittags.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts.

Schuhwaren. Herren-, Damen-, Kinder-, Militär-, Reit-, Jagd-, Arbeitsschuhe werden billig, schön und haltbar bei H. Schmidtstr. 44, am Kaiserhofen gemacht.

Durch Ersparnis Herr- u. Knaben-Anzüge Arbeiter-Garderobe. Adolph Lewin, Breite Weg 37, 1 Treppe hoch gegenüber der Ulrichstr.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts.